

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 70 vom 29.06.2017

Feuerwehrrente

Björn Lakenmacher: Ehrenamt würdigen und Feuerwehren stärken

Der Brandenburger Landtag hat sich heute auf den Weg zu einer Feuerwehrrente gemacht. Der Antrag der CDU-Fraktion, der fordert, mit der Feuerwehrrente das ehrenamtliche Engagement der Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren in Brandenburg zu würdigen und zu stärken, wurde zur weiteren Debatte in den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen. "Wir sind froh, dass die Fraktionen der SPD und der Linken die Notwendigkeit einer Feuerwehrrente erkannt haben und wir nun gemeinsam im Ausschuss die Möglichkeiten der Ausgestaltung beraten können", sagte Björn Lakenmacher, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Die Mitgliederzahlen der Freiwilligen Feuerwehren in Brandenburg sinken jährlich um 3,3%, in diesem Jahr wurde die Marke von 40.000 Mitgliedern unterschritten. Damit ist in einigen Regionen Brandenburgs bereits die Tageseinsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren nicht mehr geleistet.

Die CDU-Fraktion sieht in der Feuerwehrrente ein wesentliches Element zur öffentlichen Anerkennung des freiwilligen Feuerwehrdienstes. "Natürlich werden wir mit einer Feuerwehrrente die Kameradinnen und Kameraden im Einzelfall nicht davon abhalten, für einen lukrativen Job ihre Heimatregion und damit die Freiwillige Feuerwehr zu verlassen. Aber eine zusätzliche Altersversorgung als Teil eines großen Maßnahmenpakets ist ein guter Beitrag, den Nachwuchs- und Personalsorgen der Freiwilligen Feuerwehren zu begegnen", sagte Lakenmacher.

Der Innenminister habe sich bisher nicht zu einer Feuerwehrrente bekannt, obwohl auch der Landesfeuerwehrverband seit langem darüber berät, wie der wichtige Freiwilligendienst für unsere Gesellschaft attraktiver gestaltet und öffentlich anerkannt werden kann. Umso wichtiger sei deshalb die Überweisung des Antrages in den zuständigen Ausschuss des Landtages, um die sich der drängenden Frage nach der Gestaltung der Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes in Brandenburg anzunehmen. "Das Land muss nun zeigen, dass es dieser Ehrenamtsarbeit mit oft lebensgefährlichem Einsatz den gebührenden Dank erweist, denn die Kameradinnen und Kameraden erfüllen Pflichtaufgaben im Freiwilligendienst", so Lakenmacher.